

Aus dem Gemeinderat

Kurzbericht aus der Gemeinderatssitzung vom 27.06.2017 (vorbehaltlich der Protokollgenehmigung durch den Gemeinderat)

Baueinweisung Fa. Luding – Sanierung Wasserleitung

Am 21.06.17 fand mit der Fa. Luding die Baueinweisung zur Wasserleitungssanierung in der Röthelbergstraße, sowie Bühlstraße statt. Als Baubeginn wurde die KW 29 (ab 17.07.17) vereinbart. Die Bauzeit beträgt ca. 3 Monate.

Nutzungsvereinbarung Parkplätze LC Lederwaren

Mit der Firma LC Lederwaren GmbH konnte eine Nutzungsvereinbarung zur unentgeltlichen Nutzung von 7 Parkplätzen für die Mitarbeiter der AWO-KiTa „Sausewind“ abgeschlossen werden.

Arbeitskreis ökologische Gemeinde

Am 25.07.17 findet um 17:00 Uhr ein Termin mit dem LPV Weidenberg / Fr. Dahinten statt.

Einbruch bei SVH-Keglern

Am 12./13.06.17 wurde bei den Keglern des SVH eingebrochen. Es entstand ein Sachschaden von ca. 500 €. Die Polizei ermittelt.

Kommandanten Wahl

Die Wahl des Kommandanten und dessen Stellvertreter der Freiwilligen Feuerwehr Altenplos findet am Freitag, dem 21.07.2017 statt.

Wasser

Aufgrund der aktuellen Trockenperiode musste die Wasserversorgung auf Fremdwasser umgestellt werden. Dadurch kann es zu Druckschwankungen kommen. Die Bürgermeisterin verliest die Straßenzüge, die Fremdwasser beziehen und illustriert dies mit der Darstellung der negativen Entwicklung der Durchflussmengen unserer heimischen Quellen. Die Versorgung wurde zwischenzeitlich schon wieder umgestellt.

Antrag von Fr. Hübner, Dörnhofer Straße

Nachdem der Hund der Familie Hübner kürzlich vor den Augen der Kinder überfahren wurde, beantragte Fr. Hübner mit Schreiben vom 02.06.17 und beigefügter Unterstützer-Unterschriftenliste die Aufhebung des beidseitigen absoluten Halteverbotes. Begründet wird dies damit, dass dann durch das Umfahren parkender Autos langsamer gefahren wird.

Der Bauausschuss empfiehlt im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zunächst den Einsatz des gemeindlichen Geschwindigkeitsmessgerätes mit Auswertung und weiterhin die Installation eines Messpunktes für die kommunale Verkehrsüberwachung.

Der Antrag wird somit in eine der nächsten Sitzungen verwiesen.

Antrag der SPD-Fraktion zur Überprüfung und Neubeschilderung der Fahrradwege

Der Antrag wurde bereits in der Sitzung vom 23.05.2017 vorbehandelt.

Bei der Befahrung des Radweges am 01.06.2017 waren folgende Personen anwesend:

Herr Peter Findeklee vom Landratsamt Bayreuth, der Bauhofleiter Alexander Schmidt-Fialko, Frau Elke König, die Gemeinderäte Elisabeth Linhardt, Norbert Eichler, Werner Kauper und die Bürgermeisterin.

Auf der Fahrt wurden diverse Schwachstellen und Problembereiche erörtert, so dass im Zuge dessen Schilder entfernt oder versetzt, Löcher verfüllt, Reflektorbänder angebracht und Anwohner um das Zurückschneiden von Hecken gebeten wurden. Es folgen weitere Hilfs- Markierungen auf dem Asphalt. Die beantragte Änderung der Streckenführung wurde erneut durch Herrn Findeklee abgelehnt. Die beantragte Beschilderung veranlasste die Verwaltung zu folgendem Vorschlag.

Im Design der RotMainAuenWeg-Beschilderung soll an insgesamt 5 Standorten in der Gemeinde eine kleine Tafel angebracht werden, die den Standort, Bewirtungsmöglichkeiten in der Gemeinde, die Spielplätze der Gemeinde, sowie das Rathaus in einer Legende hervorheben. Weiterhin soll der Verlauf des Main Radweges eingezeichnet werden.

Für die Gestaltung und die Herstellung der Schilder (DINA 3 quer) beauftragt die Gemeinde die Werbeagentur Feuerpfeil GmbH & Co KG mit einer Auftragssumme in Höhe von 696,15 €.

(Alternativ eine Größe größer, ca. 500x350mm 755,65 €)

Die benötigten Unterbaugestelle wird nach Möglichkeit der Bauhof herstellen.

Die Gastronomie unserer Gemeinde wird bezüglich der Legende abgefragt und um eine finanzielle Unterstützung gebeten.

Beschluss mit 16 : 0 Stimmen

„Der Gemeinderat stimmt der Beschaffung mit einem Auftragsvolumen von 755,65 € zu. Die genauen Standorte werden in einer der nächsten Sitzungen festgelegt. Ausreichend Haushaltsmittel finden sich bei HHSt. 630.5100.

Antrag von Fam. Rath

Die Familie Rath beantragt die Absenkung des Bordsteins vor ihrer Einfahrt zum Anwesen der Cottenbacher Str. 4. Der Bauausschuss empfiehlt, den Antrag insoweit abzulehnen, als dies die Kostenübernahme durch die Gemeinde betrifft. Einer Absenkung auf Kosten der Antragsteller bleibt davon unbenommen.

Beschluss mit 16 : 0 Stimmen

„Der Gemeinderat lehnt den Antrag auf Absenkung des Bordsteins vor dem Anwesen Cottenbacher Str. 4 ab.“

Bebauungsplan „Breiter Acker“ – Behandlung der Stellungnahme der Träger der öffentlichen Belange und der sonstigen Öffentlichkeit - Satzungsbeschluss

Die Stellungnahmen der Träger der öffentlichen Belange und der sonstigen Öffentlichkeit wurden bereits beim Feststellungsbeschluss am 23.05.2017 abgewogen. Deshalb kann diesbezüglich darauf verwiesen werden. Nachdem zwischenzeitlich die Bankbürgschaft vorliegt, kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Beschluss mit 16 : 0 Stimmen

„Der vorliegende Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Breiter Acker“ vom 15.05.2017 wird mit allen dazugehörigen Bestandteilen nach § 10 BauGB zur Satzung beschlossen.“

Festlegung der Straßennamen für die Bebauungsplangebiete „Straßäcker“ und „Breiter Acker“



Vorschlag des Bauausschusses:
Kastanienweg (1), Eschenweg (2),
Eichenring (3)

Beschluss mit 16 : 0 Stimmen

„Mit dem Vorschlag des Bauausschusses herrscht Einverständnis. Es werden die Straßennamen Eschenweg, Kastanienweg und Eichenring vergeben.“

Beschaffung des elektronischen Wasserleitungskatasters in RIWA mit der Möglichkeit einer Vor-Ort-GPS-Erfassung

Die Gemeinde Heinersreuth wendet zur Sanierung der Wasserleitungen in den nächsten Haushaltsjahren insgesamt ca. 4,3 Millionen € auf. Zur Dokumentation des Bestandes ist es daher sinnvoll, ein Wasserleitungskataster (digital) zu führen, welches im aktuellen RIWA GIS integriert wird und die Verknüpfung sämtlicher Daten ermöglicht. Dazu wird ein GPS-Modul beschafft, das dem Wasserwart die cm-genaue Vermessung sämtlicher Anlagen und Leitungen erlaubt.

Die Kosten betragen insgesamt 12.394,50 €, HHSt. 815.9350

Beschluss mit : Stimmen

„Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Beschaffung des elektronischen Wasserleitungskatasters in RIWA und des entsprechenden GPS-Vermessungs-Moduls zu Gesamtkosten in Höhe von 12.394,50 € (Wasserversorgung, daher netto). Entsprechende Mittel sind bei HhSt. 815.9350 vorhanden.“

Bürgerbegegnungsplatz „Am alten Sportplatz“ – Gestaltung des 1. Abschnitts

Für die Gestaltung des Bürgerbegegnungsplatzes „Am alten Sportplatz“ soll nun der 1. Abschnitt umgesetzt werden. Dieser beinhaltet nach Planung der Verwaltung die Erschließung mit Strom und Wasser, die Beschaffung und Installation einer Seilbahn und die ökologische Aufwertung und Bepflanzung diverser Bereiche. Hierzu unterstützt der Obst- und Gartenbauverein Heinersreuth die Gemeinde. Der Baumbestand soll erweitert werden, damit in einigen Jahren ein natürlicher

Sonnenschutz gewährleistet ist. Weiterhin sollen sich die Grünanlagen auch lärmreduzierend auswirken. Im ersten Abschnitt sollen maximal 16.000 € investiert werden.

Bei der Beschaffung und der Standortfestlegung der Seilbahn sollen die Anwohner hinzugezogen werden, um eine Akzeptanz der Anlage, auch innerhalb der Nachbarschaft zu ermöglichen.

Es folgte eine lebhafte Diskussion, wo nach sich der Gemeinderat entschloss, zunächst nur eine Variante ohne Seilbahn zu beschließen. Die Bürgermeisterin bat allerdings bis zur nächsten Bauausschusssitzung um konstruktive Vorschläge, welches attraktive Spielgerät alternativ verbaut werden soll.

Beschluss mit 15 : 0 Stimmen

„Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung für die Gestaltung des alten Sportplatzes Aufträge im Gesamtwert von max. 10.000,00 € brutto zu vergeben, die sich wie folgt aufteilen:

- Infrastruktur (Strom und Wasseranschlüsse) ca. 5.000 € (größtenteils Eigenleistungen des gemeindlichen Bauhofs)
- Ökologische Aufwertung ca. 5.000 €

Die Beschaffung eines Spiel- und Bewegungsgerätes wird in eine der nächsten Sitzungen vertagt“.

Bedarfsfeststellung zur Erweiterung der KiTa „Sausewind“ in Altenplos

Die Kinderbetreuungseinrichtung „Sausewind“ der AWO in Altenplos beklagt seit vielen Jahren die mangelnden Krippenbetreuungsplätze. Bereits seit 2014 müssen Jahr für Jahr Kompromisse mit dem Landratsamt als Träger der öffentlichen Jugendhilfe, der Gemeinde und dem Träger vereinbart werden, um der hohen Nachfrage nach Plätzen in der genannten Einrichtung gerecht zu werden. So wurden in den vergangenen Jahren Interimslösungen, wie ein mobiler Turnraum und/oder Zwischengruppen eingerichtet.

Weiterhin ist die Nachfrage nach Hortplätzen auch nach Einführung unserer Offenen Ganztagschule in Heinersreuth ungebrochen hoch.

Das Landratsamt Bayreuth teilt der Gemeinde mit Schreiben vom 26.05.2017 mit, dass die Betriebserweiterung für 2017/2018 befristet erweitert wird, führt jedoch in dem Bescheid weiterhin aus:

„Für das Kindergartenjahr 2017/2018 werden aufgrund des aktuell sehr hohen Bedarfes eine Kleinkindergruppe mit 10 Plätzen für Kinder ab 1 Jahr bis 4 Jahren im Mehrzweckraum der Kindertageseinrichtung sowie 9 zusätzliche Plätze für Schulkinder genehmigt. **Die befristete Erweiterung der Betriebserlaubnis steht unter der Bedingung, dass die Gemeinde Heinersreuth eine Bedarfsanalyse für die kommenden Jahre durchführt, um abschätzen zu können, ob die Platzkapazitäten längerfristig erhöht werden müssen und eine damit verbundene räumliche Veränderung rechtzeitig geplant werden kann.**

In den nichtöffentlichen Bauausschuss wurde die Leiterin der Kindertageseinrichtung, Frau Michaela Masel eingeladen und gehört. Frau Masel erläuterte die Anmeldezahlen und die Verteilung der vergangenen, sowie der kommenden Jahre. Für das kommende Jahr 2018/2019 liegen bereits 9 Voranmeldungen vor und 10 Kinder bleiben in der Krippeneinrichtung (1 Gruppe= 12 Kinder, Integrativkinder zählen doppelt).

Der Träger der Einrichtung (AWO Nürnberg) würde einen zukunftsfähigen Anbau sehr begrüßen, da in den vergangenen Jahren immer wieder Notlösungen verhandelt werden mussten, die Einrichtung aber im Ganzen sehr gewachsen ist. Frau Masel beklagte fehlende Räume für eine Elternberatung, für die

Intensivbetreuung der Integrativkinder, zu kleine Personalräume für mittlerweile 16 Voll- und Teilzeitkräfte, den Mispstand mit einem WC für Personal und Gäste und ebenfalls den „Notbehelf“ für 23 Hortkinder.

Der Bauausschuss beriet intensiv über die aktuelle Lage und stellte fest, dass durch die Anmeldungen und Notlösungen der vergangenen Jahre und durch die Aufforderung des Landratsamtes durchaus Bedarf gesehen wird. Verstärkt wird dies durch die aktuelle Baulandentwicklung der Gemeinde Heinersreuth mit derzeit 33 neu erschlossenen Grundstücken und der Bebaubarkeit von weiteren Baulücken in der Gesamtgemeinde. Weiterhin wird durch den dadurch generierten Zuzug vorwiegend junger Familien in unserer Gemeinde die Geburtenrate konstant bleiben bzw. steigen.

Geburtenrate in der Gemeinde Heinersreuth.

2014	32
2015	24
2016	30
2017 bis Juni	19

Eine aktuelle Analyse mit Befragung stellt sich schwierig dar, da der Bedarf von Kinderbetreuungsplätzen ab 1 Jahr aus offensichtlichen Gründen schlecht abgefragt werden kann. Diese Bedarfsfeststellung wurde mit dem Landratsamt abgesprochen.

Der Bauausschuss kommt daher zu der Entscheidung, dass der Bedarf einer Erweiterung von Krippenplätzen in der Kita Sausewind vorhanden ist und beauftragt die Verwaltung mit einer zukunftsfähigen Gesamtkonzeption der Erweiterung und der Abstimmung mit den zuständigen Behörden, damit möglichst zeitnah ein Antrag auf Förderung nach dem 4. Sonderinvestitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020“ gestellt werden kann.

Beschluss mit 15 : 0 Stimmen

„Der Gemeinderat beschließt den Bedarf einer zusätzlichen Krippengruppe mit 12 Krippenplätzen in der Kita Sausewind sowie eine Erweiterung der Hortkindbetreuung von 15 auf 23 Hortkinder und beauftragt die Verwaltung mit einer Gesamtkonzeption der Erweiterung und der Abstimmung mit den zuständigen Behörden.“

Anfragen der Gemeinderäte

Gemeinderätin Marion Fick fragt an, ob die Formulare für die Gaststättengenehmigung wieder auf die Website gestellt werden könnten. Die 1. Bürgermeisterin sagt Prüfung zu.

Gemeinderätin Karin Vogel-Knopf fragt an, warum der Bürgerbus bei der letzten Bürgerversammlung nicht gefahren ist. Die 1. Bürgermeisterin verweist die Anfrage in die nächste Sitzung, um diese an den 2. Bürgermeister Christian Bock weiterzuleiten.

Anfrage der 1. Bürgermeisterin an den 3. Bürgermeister Jürgen Weigel:

Leider geht durch die nichtöffentlichen Vorberatungen die Transparenz für den Bürger verloren, die er meiner Meinung nach braucht, um sich selbst ein Bild zu machen oder um unsere Entscheidungen besser nachvollziehen zu können. Ich höre oft, warum geht das Ergebnis so oft zu 0 aus.

Ganz einfach. Viele Beschlüsse werden ja über mehrere Sitzungen vorberaten, weiterentwickelt und in dieser Zeit kommt es auch zu Kompromissen zwischen den Fraktionen. Wenn eine Angelegenheit dann Beschlussreife hat, dann wird sie im Gemeinderat behandelt. Da sich nach vielen Vorberatungen

oft jede Fraktion im Beschluss auch wiederfindet, ist es nur mehr selbstverständlich, dass der Beschluss ohne eine Gegenstimme erfolgen kann.

An dieser Stelle darf ich anmerken: Man muss nicht immer einer Meinung und auch kompromissbereit sein, aber ein Kompromiss ist die Lösung eines Konfliktes durch gegenseitige freiwillige Übereinkunft, unter **beiderseitigem** und nicht einseitigem Verzicht von Forderungen.

In der Gerüchteküche unter dem Motto „Die Leit ham gsogd“ daher ein paar Worte und eine Anfrage:

Bei der Verabschiedung des genehmigungsfreien – da ohne Kredite - aufgestellten Haushaltes gab es im Bereich des Stellenplanes Differenzen unter den Mitgliedern des Gemeinderates.

Die SPD Fraktion und der zweite Bürgermeister lehnten daraufhin den Haushalt ab.

Im Stellenplan ging es um die Höhergruppierung/Beförderung von insgesamt 4 Mitarbeitern.

2x von E5/4 auf E6/3 TVöD

1x von E3/6 auf E4/5 TVöD

1x Höherdotierung einer Beamtenstelle

Warum eigentlich?

Nach einem Seminar, das der geschäftsleitende Beamte und dessen Stellvertreter besucht haben, stellten beide übereinkommend fest, dass insgesamt 3 unserer Mitarbeiter aufgrund Ihrer Fähigkeiten und Ausbildungen falsch eingruppiert sind. Durch die Neufassung des TVöD wurden erstmalig Tätigkeitsmerkmalen mit Eingruppierungsgrundsätzen erfasst und diese belegen die genannten Höhergruppierungen.

Diese haben nach altem TVöD Recht die Auswirkung, dass die Mitarbeiter um eine Erfahrungsstufe zurückgestuft werden und im Falle der E6 nun 6,21 € weniger verdienen hätten als vorher. Im Laufe der Jahre kann durch Erhöhung der Erfahrungsstufen wieder mehr verdient werden. Allerdings gab und gibt es Garantiebeträge, die eine solche Schlechterstellung durch Höhergruppierung verhindern.

Mit der Tariferhöhung in Höhe von 2,35% ab 01.02.2017 wurde auch eine Erhöhung der Garantiebeträge festgelegt.

Das heißt, dass der Mitarbeiter durch die Höhergruppierung nicht schlechter gestellt werden darf, sondern in der neuen Entgeltgruppe mindestens **58,98 € brutto** mehr verdienen muss.

Nach dieser Vorgabe werden die 3 Mitarbeiter jetzt bezahlt, da sie einen einklagbaren Anspruch darauf haben. Die Gemeinde ist durch die beschlussmäßige Anwendung des TVöD zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Vorgaben aus dem TVöD verpflichtet. Grundsatz: Tarifrecht bricht Haushaltsrecht.

Macht im Geldbeutel, je nach Steuerklasse im besten Fall geschätzt **um die 25 €** aus.

Wir sprechen also **insgesamt (=3 Mitarbeiter) von ca. 2500 €** im gesamten Jahr.

(=entspricht 0,03% unseres Haushaltsvolumens)

Bei der Dotierung der Beamtenstelle handelt es sich im Haushaltsplan lediglich um einen Ansatz. Ob der entsprechende Beamte tatsächlich befördert wird und ab wann dies wirksam ist, muss der Gemeinderat im Laufe des Jahres per Beschluß festlegen. Dies ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt.

Ich darf abschließend darin erinnern, dass wir bei der Aufstellung des Haushaltes trotz dieser genannten und geplanten Mehrausgaben **Einsparungen** im Personalbereich in Höhe von über **40.000 €** aufweisen können.

Mehrkosten aufgrund gesetzlich vorgeschriebener Tarifierhöhungen

+2.500 €

Einsparungen aufgrund optimalerer Verteilung des Geschäftsverteilungsplanes -

40.000 €

Die Gemeinde spart 37.500 €

Meine Frage geht nun an den Gemeinderat und meinen Stellvertreter im Amt – der im Übrigen genauso Personalverantwortung trägt:

Aufgrund des Zeitungsartikels im Nordbayerischen Kurier vom 14.06.2017 mit der Überschrift „Weigel unterstellt Privatinteressen“ bitte ich nun Herrn Jürgen Weigel um eine öffentliche Stellungnahme und ordentliche Begründung zu dieser Aussage.

Der 3. Bürgermeister Jürgen Weigel antwortete: „Er sei im Vorfeld der Jahreshauptversammlung der SPD und auch bei der Veranstaltung von Bürgern angesprochen worden, die gehört hätten, dass die Gemeinde Heinersreuth nun vier Stellen mit der Entgeltgruppe 6 im Bauhof hat und dass hierbei wohl auch seitens der 1. Bürgermeisterin private Interessen und persönliche Beziehungen eine Rolle spielen würden.

Die „Leute“ hätten weiter übereinstimmend gesagt, dass das für sie ein gewisses „Geschmäckla“ habe.

Er habe nur die Meinung der Leute zusammengefasst und unkommentiert wieder gegeben.